

# Landwirtschaft in NRW fürchtet um ihre Flächen

Vorfahrt für den Naturschutz: Landesumweltminister Johannes Rimmel erntet mit seinem Entwurf für ein neues **Naturschutzgesetz** heftige Kritik

VON DETLEV HÜWEL

**Düsseldorf.** Mit seiner Novelle zum Naturschutzgesetz, zu der heute im Landtag eine Expertenanhörung stattfindet, hat NRW-Umweltminister Johannes Rimmel (Grüne) massive Kritik ausgelöst. 17 Wirtschaftsorganisationen, die sich zu einem „Aktionsbündnis Ländlicher Raum“ zusammengeschlossen haben, machen Front gegen das Gesetzesvorhaben. Rimmels Entwurf sei „überzogen und unverhältnismäßig“, so das Bündnis, dem die beiden Landwirtschaftsverbände, der Waldbauernverband und der Landesjagdverband angehören.

Kritisiert wird, dass Naturschutz-Stiftungen ein Vorkaufsrecht beim Erwerb von Flächen bekommen sollen. Dadurch ginge der Landwirtschaft weiterer Boden verloren, wird befürchtet. „Vor dem Hintergrund des ungebremsen Verlustes landwirtschaftlicher Flächen durch Siedlungs- und Verkehrsmaßnahmen ist die Entwick-

Dies gehe weit über die Bestimmungen des Bundesnaturschutzgesetzes hinaus, das von lediglich zehn Prozent spreche. Die Zielsetzung der Landesregierung berücksichtige nicht die „ohnehin vorhandene erhebliche Flächenknappheit“ und folge dem falschen Grundsatz „Quantität vor Qualität“, so der Landesverband „Erneuerbare Energien NRW“. Kritisch äußern sich auch die IHK NRW. Es sei „erstaunlich, dass ausgerechnet das bevölkerungsreichste Bundesland die Vorgaben des Bundes übertreffen will“.

Das Umweltministerium weist die Kritik zurück. Die 15 Prozent ergäben sich daraus, dass die Regionalräte als Träger der Regionalplanung in den Regierungsbezirken Bereiche zum Schutz der Natur festgelegt hätten, die 15,2 Prozent der Landesfläche ausmachen. „Es ist also nur konsequent, wenn NRW in seinem Naturschutzgesetz die Zahl festschreibt“, so das Ministerium auf Anfrage unserer Redaktion.